

Rechtsinformationsdienst

Anwaltspraxis & Notariat



Erxleben, Landgraf,
Michalski, Ohaus, Lindemann



Niedersachsenstr. 15 a, 49074 Osnabrück
Telefon: 0541 / 35791-0 - Telefax: 0541 / 3579128

Ausgabe: gewerbliche Mandanten

Aug./Sept. 2019

Wettbewerbsrecht

Irreführende Werbung bei Eierkartons über regionalen Erzeuger

Für das Oberlandesgericht Stuttgart stellt es eine Irreführung der Verbraucher dar, wenn die Eier in einem Eierkarton nicht von dem Hof ("Haldenhof" in Beuren) kommen, für den auf der Verpackung geworben wird, sondern von einem über 100 Kilometer entfernten Hof. Das Gericht untersagte sowohl dem vermeintlichen Erzeuger "Haldenhof" als auch dem verkaufenden Supermarkt (REWE) den weiteren Vertrieb der Eier in den beanstandeten Kartons.

Für Verbraucher, die zunehmend Produkte wegen des kurzen Transportwegs und zur Unterstützung der regionalen Landwirtschaft kaufen, sind Informationen über Herkunft und Transportwege durchaus kaufentscheidend.

Urteile des OLG Stuttgart vom 18.04.2019
2 U 145/18 und 2 U 152/18
Pressemitteilung des OLG Stuttgart

Wettbewerbsverein mit zu geringer Mietgliederzahl

Vereine und Verbände sind gemäß § 8 III Nr. 2 UWG nur dann anspruchsberechtigt, soweit ihnen eine erhebliche Zahl von Unternehmen angehört, "die Waren oder Dienstleistungen gleicher oder verwandter Art auf demselben Markt vertreiben". Damit sind solche Unternehmen gemeint, die dem Verletzer wettbewerbsrechtlicher Regeln auf demselben sachlich und räumlich relevanten Markt als Wettbewerber begegnen, also um Kunden konkurrieren können.

Bei der für die Klagebefugnis eines Wettbewerbsverbands maßgeblichen Frage, ob diesem eine erhebliche Zahl von Mitbewerbern des Verletzers angehört, sind auch die Bedeutung und das wirtschaftliche Gewicht der in Betracht kommenden Mitglieder auf dem betreffenden Markt zu berücksichtigen. Dabei kommt Mitgliedsunternehmen, die auf einer Verkaufsplattform einen Online-

shop betreiben und dort neben einer Vielzahl unterschiedlicher Artikel in geringem Umfang auch Erzeugnisse anbieten, die ein Wettbewerbsverhältnis mit dem Verletzer begründen, ein eher geringes Gewicht zu. Dem Oberlandesgericht Frankfurt reichten 23 Mitglieder, die überwiegend nur geringfügig im hier relevanten Buchmarkt tätig waren, nicht aus, um die Klagebefugnis eines Wettbewerbsvereins zu bejahen.

Urteil des OLG Frankfurt vom 02.05.2019
6 U 58/18 - WRP 2019, 908

Irreführende Werbung mit "Kinderwunsch-Tee"

Das Oberlandesgericht Köln hat der Unterlassungsklage eines Verbraucherverbandes stattgegeben, die sich gegen die Werbung des Vertreibers eines "Kinderwunsch-Tees" richtete. Dort hieß es u.a., der Tee enthalte Pflanzenstoffe, die in der Erfahrungsheilkunde angewendet werden, um den Zyklus zu harmonisieren und so den Eisprung zu fördern.

Auch das Gericht sah darin eine Irreführung der Verbraucherinnen, da der Verreiber des Tees, gesundheitsbezogene Angaben bezüglich eines Lebensmittels gemacht habe, die er nicht auf allgemein anerkannte wissenschaftliche Nachweise stützen könne. Die Werbung sei so zu verstehen, dass der Kinderwunsch-Tee Probleme, die einer Empfängnis im Wege stünden, lindere und so die Empfängnis ermögliche. Solche gesundheitsbezogenen Angaben sind jedoch nur zulässig, wenn sie auf allgemein anerkannte wissenschaftliche Nachweise gestützt und dadurch abgesichert sind. Einen solchen Nachweis konnte das beklagte Unternehmen im Prozess jedoch nicht vorlegen.

Urteil des OLG Köln vom 21.06.2019
6 U 181/18
Pressemitteilung des OLG Köln

Zivilprozess: Beweisführung durch Ausdrücke von Screenshots

Sogenannte Screenshots von Computerbildschirmen sind in der zivilgerichtlichen Praxis eher schwache Beweismittel. Beweisrechtlich ist ein Screenshot weder als ein elektronisches Dokument i.S.d. § 371 Abs. 1 Satz 2 ZPO noch als eine Urkunde zu behandeln, sondern als ein Augenscheinobjekt i.S.v. § 371 Abs. 1 Satz 1 ZPO in Form einer Objektabbildung (Augenscheinsurrogat). Seine Beweiskraft unterliegt der freien richterlichen Beweiswürdigung im Rahmen einer umfassenden Würdigung der vorgetragenen Tatsachen, der ansonsten vorgelegten und erhobenen Beweise und des gesamten Prozessstoffes.

Urteil des OLG Jena vom 28.11.2018
2 U 524/17
jurisPR-ITR 12/2019 Anm. 4

Internationale Rechtswahl trotz drohenden Brexits gültig

Eine zwischen internationalen Unternehmen geschlossene Gerichtsstandsvereinbarung, in der die Parteien die Zuständigkeit der englischen Gerichtsbarkeit vereinbart haben, bleibt trotz des bevorstehenden Brexits wirksam. Das Landgericht Koblenz begründete dies damit, dass derzeit nicht absehbar ist, dass deutsche Behörden britische Entscheidungen nach dem Brexit nicht anerkennen würden.

Urteil des LG Koblenz vom 07.05.2019
1 O 38/19
JURIS online

Kein Zwang zur Zahlung der Stromrechnung per Lastschrift

Das Energiewirtschaftsgesetz schreibt für Energielieferungsverträge außerhalb der Grundversorgung vor, dass den Haushaltskunden vor Vertragsabschluss verschiedene Zahlungsmöglichkeiten anzubieten sind. Hierge-

gen verstößt ein Versorgungsunternehmen, das bei der Bestellung eines Stromtarifs im Internet ausschließlich einen Tarif anbietet, bei dem sich Verbraucher für die Bezahlung per Lastschrift entscheiden müssen.

Der Bundesgerichtshof sah in dem Onlineangebot außerdem eine unzulässige Diskriminierung, da es sämtliche Kunden vom Vertragsabschluss ausschließt, die nicht über ein Bankkonto verfügen oder die nicht per Lastschrift zahlen wollen, weil sie eine ausreichende Kontodeckung zum jeweiligen Abbuchungstermin nicht sicherstellen können.

Urteil des BGH vom 10.04.2019
VIII ZR 56/18
WM 2019, 963

"Mischform" aus Partnerschaft und GmbH eintragungsfähig

Eine GmbH wollte sich umfirmieren in "... partners Steuerberatungsgesellschaft mbH". Das zuständige Registergericht lehnte die Eintragung mit dem Hinweis ab, eine Mischform aus Partnerschaft und GmbH sei im Gesetz nicht vorgesehen und könne zu Verwechslungen führen.

Das Oberlandesgericht Hamburg sah dies anders. Durch den Zusatz "partners" drohe keine Verwechslung der tatsächlichen Rechtsform der Beteiligten als GmbH mit einer Partnerschaft im Sinne des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes (PartGG). Insbesondere sei der Vorschrift des § 11 Abs. 1 Satz 1 PartGG kein über die Vermeidung einer Verwechslungsgefahr hinausgehender Zweck, wie die Verhinderung einer "merkwürdigen Mischform" - so das Registergericht - aus Partnerschaft und GmbH zu entnehmen.

Beschluss des OLG Hamburg vom 10.05.2019
11 W 35/19
NZG 2019, 744

Entgeltklausel für Bankauskünfte zulässig

Insbesondere gewerbliche Bankkunden benötigen bisweilen eine Bankauskunft über ihre Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit für eigene Zwecke, insbesondere wenn sie einem Dritten ihre Bonität nachweisen müssen. Hierfür erheben Kreditinstitute in der Regel gesonderte Gebühren.

Das Oberlandesgericht Frankfurt hält eine Entgeltklausel für Bankauskünfte in Höhe eines Betrags von 25 Euro für rechtlich unbedenklich, da es sich bei der Auskunftserteilung durch die Bank um eine zusätzliche Leistung handelt, die von sonstigen Gebühren, z.B. für Kontoführung etc., nicht abgedeckt ist.

Urteil des OLG Frankfurt vom 24.05.2019
10 U 5/18 - JURIS online

Unzulässiger Insolvenzantrag "ins Blaue hinein"

Begleitet ein Schuldner rückständige Forderungen gegenüber einem Sozialversicherungsträger, kann dieser trotz des - wenn auch verzögerten - Zahlungseingangs nur dann einen Insolvenzantrag stellen, wenn nachweislich die konkrete Gefahr besteht, dass eine weitere wirtschaftliche Tätigkeit des Schuldners neue Verbindlichkeiten beim Sozialversicherungsträger begründen wird, mit deren Ausgleich der Schuldner wiederum in Rückstand geraten kann.

Ein Insolvenzantrag - wie hier - "ins Blaue hinein" ohne entsprechende Nachweise ist laut Landgericht Leipzig unzulässig.

Beschluss des LG Leipzig vom 04.10.2018
8 T 633/18 - NZI 2019, 163

Betriebsbedingte Kündigung eines schwerbehinderten Arbeitnehmers

Ein Arbeitgeber ist beim ersatzlosen Wegfall eines Arbeitsplatzes im Rahmen einer Umstrukturierung des Betriebs berechtigt, auch gegenüber einem schwerbehinderten Arbeitnehmer eine betriebsbedingte Kündigung auszusprechen, wenn keine anderweitige geeignete Weiterbeschäftigungsmöglichkeit besteht. Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, für den Schwerbehinderten einen Arbeitsplatz zu schaffen oder zu erhalten, den er nach seinem Organisationskonzept nicht mehr benötigt.

Urteil des BAG vom 16.05.2019
6 AZR 329/18 - Pressemitteilung des BAG

Rechtsweg bei Kündigung eines Fremdgeschäftsführers einer GmbH

Fremdgeschäftsführer, also die Geschäftsführer einer GmbH, die nicht Gesellschafter sind, sind nach Auffassung des Bundesarbeitsgerichts in aller Regel weder Arbeitnehmer noch arbeitnehmerähnliche Personen, vielmehr "arbeitgeberähnlich". Daher sind im Fall der Kündigung des Geschäftsführerverhältnisses und für die Geltendmachung von Vergütungsansprüchen nicht die Arbeitsgerichte, sondern die Zivilgerichte (Amtsgericht bzw. Landgericht) sachlich zuständig.

Beschluss des BAG vom 21.01.2019
9 AZB 23/18 - jurisPR-ArbR 21/2019 Anm. 1

Arbeitgeber müssen auf den drohenden Verfall von Urlaub aus vergangenen Jahren hinweisen

Nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Köln erlischt der Urlaubsanspruch eines Arbeitnehmers in der Regel nur dann am Ende des Kalenderjahres, wenn der Arbeitgeber den Arbeitnehmer zuvor über seinen Urlaubsanspruch und die Verfallfristen belehrt hat. Diese Verpflichtung zur Initiative des Arbeitgebers bezieht sich nicht nur auf das laufende Kalenderjahr, sondern auch auf den Urlaub aus vorangegangenen Kalenderjahren.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verfällt der Urlaub eines Arbeitnehmers in der Regel nur, wenn der Arbeitgeber

ihn zuvor konkret aufgefordert hat, den Urlaub zu nehmen, und ihn klar und rechtzeitig darauf hingewiesen hat, dass der Urlaub anderenfalls mit Ablauf des Urlaubsjahres oder Übertragungszeitraums erlischt. Entsprechende Vorgaben hatte der EuGH am 6. November 2018 unter dem Aktenzeichen C-684/16 gemacht.

Urteil des LAG Köln vom 09.04.2019
4 Sa 242/18 - AZ 2019, Nr. 28, 2

Betriebsrat muss arbeitgeberseits vorgegebenes Seminarabrechnungssystem nutzen

Ein Arbeitgeber kann berechtigt sein, die Übernahme der Kosten für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen des Betriebsrats abzulehnen, wenn der Betriebsrat die Verwendung eines arbeitgeberseits vorgegebenen digitalen Abrechnungssystems zur Anmeldung von Seminaren verweigert, sofern dessen Nutzung für den Betriebsrat zumutbar ist.

Beschluss des LAG Mainz vom 23.10.2018
8 TaBV 2/18 - jurisPR-ITR 11/2019 Anm. 4

Keine Kündigung nach "deftiger" verbaler Auseinandersetzung zwischen Arbeitskollegen

Fallen im Verlauf einer verbalen Auseinandersetzung zwischen Kollegen Ausdrücke wie "Arschloch" und "verpiss dich", rechtfertigt dies keine Kündigung des betreffenden Arbeitnehmers, wenn dies der erste Vorfall dieser Art im knapp dreijährigen Arbeitsverhältnis war, das Verhältnis zwischen den betreffenden Kollegen vor und auch nach dem Vorfall konfliktfrei war und es sich um einen Arbeitsbereich mit eher einfachen Tätigkeiten handelt, in dem es regelmäßig etwas rauer und "deftiger" zugeht als in anderen Bereichen. In einem solchen Fall ist eine Abmahnung des betreffenden Arbeitnehmers die verhältnismäßige und richtige Reaktion des Arbeitgebers.

Beschluss des ArbG Bonn vom 19.09.2018
5 BV 11/18
jurisPR-ArbR 26/2019 Anm. 6

Konkludente Abnahme einer Architektenleistung

Das Oberlandesgericht Köln hat sich mit der Frage befasst, welche Leistung des Architekten zur Erfüllung der HOAI-Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) erforderlich und ausreichend ist und wann von einer konkludenten Abnahme der zu erbringenden Leistungen durch den Bauherrn auszugehen ist.

Ist der Architekt mit der Planung bis zur Genehmigung des Bauvorhabens beauftragt, so liegt in der Einreichung der Planungsunterlagen durch den Bauherrn im Rahmen des Baugenehmigungsantrages die Abnahme der Architektenleistung. Das gilt jedenfalls dann, wenn

dieser die Schlussrechnung des Architekten vorbehaltlos begleicht. Darauf, dass das Bauamt auf der Grundlage der eingereichten und auch genehmigungsfähigen Planungsunterlagen auch tatsächlich eine Baugenehmigung erteilt, hat der Architekt keinen Einfluss. Sofern nichts anderes vereinbart ist, fällt dies in die Risikosphäre des Bauherrn, der seinen Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung notfalls im Klageweg durchsetzen muss.

Beschluss des OLG Köln vom 21.02.2019
16 U 140/18 - NJW-Spezial 2019, 333

Onlinerecht

Irreführung bei der Onlinebestellung von DSL-Tarifen

Ein Telekommunikationsanbieter darf bei der Bestellung von DSL-Tarifen im Internet nicht den Eindruck erwecken, dass für den vom Kunden gewählten Tarif einer der angebotenen Router (Monatsmiete 4,99 Euro) erforderlich ist. Eine derartige Aussage ist irreführend und verstößt sowohl gegen das Telekommunikationsgesetz als auch gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Daran änderte für das Landgericht Koblenz auch nichts, dass Kunden die telefonische Hotline des Anbieters anrufen oder durch Klick auf die Rubrik "Tarif-Details" nähere Informationen über die Hardware-Optionen erhalten konnten.

Urteil des LG Koblenz vom 24.05.2019
4 HK O 35/18 - Pressemitteilung des LG Koblenz

Hotelbuchungsportale dürfen "enge Bestpreisklauseln" verwenden

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat mit Urteil vom 9. Januar 2015 (VI - Kart. 1/14 (V)) Betreibern von Internetportalen, die Hotelunternehmen gegen Zahlung einer Vermittlungsgebühr Hotelkunden vermitteln, die damals gängige Praxis untersagt, die Hotels generell zu verpflichten, auf dem Portal stets die günstigsten Konditionen anzubieten (sogenannte weite Bestpreisklauseln).

Dasselbe Gericht hat nun entschieden, dass ein Internetbuchungsportal Hotelbetreiber verpflichten kann, Ho-

telzimmer auf der eigenen Internetseite nicht günstiger anzubieten als auf der Portalseite (sogenannte enge Bestpreisklauseln). Dies wurde damit begründet, dass Betreiber von Buchungsportalen ein berechtigtes Interesse haben, Vorkehrungen gegen ein illoyales Umlenken von Kundenbuchungen zu treffen und zu verhindern, dass Kunden, die sich unter Inanspruchnahme der Hotelportalseite für das betreffende Hotel entschieden haben, durch niedrigere Zimmerpreise oder bessere Vertragskonditionen von der Buchungsseite des Portalbetreibers auf die Hotelseite umgelenkt werden.

Urteil des OLG Düsseldorf vom 04.06.2019
VI - Kart 2/16 (V) - Pressemit. des OLG Düsseldorf

Getarnte Werbung durch "Influencer" auf Instagram

Das Oberlandesgericht Frankfurt untersagte einem sogenannten "Influencer" die Veröffentlichung von getarnter Werbung über den Internetdienst Instagram. Empfiehl ein "Influencer" ein Produkt, ohne den kommerziellen Zweck kenntlich zu machen, stellt dies verbotene getarnte Werbung dar, wenn er sich hauptberuflich mit dem Geschäftsbereich des Produkts beschäftigt und geschäftliche Beziehungen zu den Unternehmen unterhält, deren Produkte er empfiehlt.

Beschluss des OLG Frankfurt vom 28.06.2019
6 W 35/19 - JURIS online

Mietrecht

Keine Schönheitsreparaturpflicht bei unrenoviert übergebenen Gewerbemieträumen

Eine Klausel in einem Formularmietvertrag, die dem Mieter laufende Schönheitsreparaturen aufbürdet, ist nach ständiger Rechtsprechung dann unwirksam, wenn der Mieter die Wohnung in unrenoviertem bzw. stark renovierungsbedürftigem Zustand übernommen hat.

Das Oberlandesgericht Dresden hat entschieden, dass diese Grundsätze auch für gewerbliche Mietverhältnisse gelten. Eine solche Schönheitsreparaturklausel weicht in für den Mieter unangemessener Art und Weise von der vertraglichen Regelung ab, indem sie dem Mieter die

Beseitigung von ihm nicht zu vertretender Abnutzungserscheinungen auferlegt, ohne ihm dafür eine Kompensation zu gewähren. Auch ein gewerblicher Mieter kann nicht verpflichtet werden, im Falle der Renovierung die Mieträume in einem besseren Zustand an den Vermieter zurückzugeben, als diese zum Zeitpunkt der Übergabe an ihn hatten.

Beschluss des OLG Dresden vom 06.03.2019
5 U 1613/18
Grundeigentum 2019, 597

Versicherungsrecht

Beschädigung eines Kundenfahrzeugs auf öffentlich zugänglichem Parkplatz einer Autowerkstatt

Wird ein von einem Kunden auf dem Parkplatz einer Autowerkstatt abgestellter Pkw beschädigt, haftet der Werkstattinhaber nur für einen während der Standzeit an dem Pkw entstandenen Schaden, wenn der Kunde nachweist, dass ein Mitarbeiter dafür verantwortlich ist.

Nach Auffassung des Landgerichts Saarbrücken handelt die Werkstatt jedenfalls dann, wenn der vorhandene

abgeschlossene Teil des Betriebsgeländes nicht ausreichend, alle Fahrzeuge unterzubringen, grundsätzlich nicht sorgfaltswidrig, wenn Kundenfahrzeuge auf einem Teil des Betriebsgeländes, der der Öffentlichkeit zugänglich ist, abgestellt werden.

Urteil des LG Saarbrücken vom 22.03.2019
13 S 149/18 - Wirtschaftswoche Heft 25/2019, Seite 86